

Bundesjugendschreiben 2017 – Praktikerklasse 2 (160 bis 340 Silben)

Der Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union

Vorher anzugeben: das Vereinigte Königreich (1. ff.), Hohe Vertreterin (5.)

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Am 23. Juni 2016 fand das Referendum über einen möglichen Austritt des

$\frac{1}{4}$

Vereinigten Königreichs von Großbritannien aus der Europäischen Union statt. Die Mehrheit der Bevölkerung Großbritanniens hat sich für

$\frac{1}{2}$

den Austritt aus der Europäischen Union entschieden. Nach mehr als 40 Jahren Mitgliedschaft wird Großbritannien als erstes Land überhaupt die

$\frac{3}{4}$

Europäische Union verlassen. Die Europäische Union mit ihren derzeit 28 Mitgliedsstaaten könnte dadurch in die schwerste

1./160

Krise ihrer Geschichte geraten. Meine Damen und Herren! Das Vereinigte Königreich von Großbritannien ist im Jahr 1973 der

$\frac{1}{4}$

Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beigetreten. Es hat enge wirtschaftliche und finanzielle Beziehungen zur Europäischen Union. Heute ist Groß-

$\frac{1}{2}$

britannien die zweitgrößte Volkswirtschaft der Europäischen Union. Gleichzeitig ist Europa der wichtigste Handelspartner Großbritanniens. Der bevorstehende

$\frac{3}{4}$

Austritt wird daher sowohl für das Vereinigte Königreich von Großbritannien als auch für die Europäische Union weitreichende wirtschaftliche Folgen haben.

4./180

Aber auch politisch stellt der Austritt ein großes Risiko für die Zukunft Großbritanniens wie auch Europas dar. Meine Damen und Herren! Der Austritt des Vereinigten Königreichs

¼

von Großbritannien aus der Europäischen Union wird gemäß Artikel 50 des Vertrages über die Europäische Union durch eine Mitteilung der britischen

½

Regierung an den Europäischen Rat in die Wege geleitet. Er sieht vor, dass nach der Absichtserklärung eines Staates über seinen Austritt aus der Europäischen Union ein

¾

Abkommen über die Einzelheiten des Austritts ausgehandelt wird, das auch die künftigen Beziehungen dieses Staates zur Union berücksichtigt. Der Europäische Rat legt Leitlinien

3./200

fest, nach denen über das Austrittsabkommen verhandelt werden soll. Dies geschieht unter Ausschluss Großbritanniens. Die Europäische Kommission verhandelt anschließend über die Einzelheiten des

¼

Abkommens. Dabei werden auch die künftigen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Großbritannien geregelt. Das Abkommen wird vom Europäischen Rat im Namen der Europä-

½

ischen Union mit qualifizierter Mehrheit nach Zustimmung des Europäischen Parlamentes beschlossen. Meine Damen und Herren! Wenige Tage nach der Volksabstimmung in Großbritannien

¾

über den Austritt aus der Europäischen Union haben die europäischen Staats- und Regierungschefs die globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union

4./220

begrüßt, mit deren Ausarbeitung sie vor einem Jahr die Hohe Vertreterin für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik beauftragt hatten. Die Konsequenzen daraus sind, dass die transatlantischen Sicherheits-

¼

beziehungen, insbesondere die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Nordatlantischen Verteidigungsorganisation, gestärkt werden. In dem Strategiepapier ist zu lesen, dass die Euro-

½

päische Union für Frieden, Sicherheit, Wohlstand und Demokratie eintreten wird. Es werden fünf Prioritäten der Außenpolitik der Europäischen Union benannt. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheits-

¾

politik soll erstens die Sicherheit der Europäischen Union verbessern. Zweitens soll die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik darauf gerichtet sein, die Widerstandsfähigkeit von Staat und Gesellschaft in der

5./240

östlichen und südlichen Nachbarschaft zu stärken und staatliche Strukturen in dieser Region zu stabilisieren. Drittens soll ein umfassender Ansatz der Europäischen Union für Konflikte und Krisen erarbeitet werden, der

¼

auf breiten, tiefen und dauerhaften regionalen und internationalen Partnerschaften gründet. Viertens soll die Europäische Union ihre Erfahrungen mit der friedenserhaltenden Wirkung des Integrationsprozesses

½

nutzen, um regionale Ordnungen weltweit zu unterstützen. Fünftens soll die Europäische Union im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik die Reform der globalen Ordnungspolitik auf der Grundlage

¾

des Völkerrechts vorantreiben, um die Achtung der Menschenrechte und der Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung zu gewährleisten. Mit der globalen Strategie reagiert die Europäische Union auf grundlegende Veränderungen

6./260

der politischen Lage Europas. Meine Damen und Herren! Angesichts der anhaltenden strategischen Uneinigkeit und der Überzeugung, dass eine verstärkte Einbindung der Vereinigten Staaten von Amerika in die europäische Sicher-

¼

heitspolitik unerlässlich ist, hat der Europäische Rat beschlossen, die Beziehungen zwischen der atlantischen Allianz und der Europäischen Union weiter auszubauen. Vor dem Gipfel kam der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika

½

zu einem Sondertreffen mit dem Kommissionspräsidenten und dem Ratspräsidenten der Europäischen Union zusammen. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass auf dem Gipfel eine Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen dem Bündnis und der

¾

Europäischen Union beschlossen wurde. Das Kooperationsvorhaben zielt auf eine Stärkung des europäischen Pfeilers in der Nordatlantischen Verteidigungsorganisation. Beide Akteure haben sich zu einer beschleunigten

7./280

Zusammenarbeit in ausgewählten Bereichen entschieden. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bislang ist noch völlig offen, wie die künftigen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Großbritannien ausgestaltet sein werden. Zwar sprechen wirtschaftliche

¼

Interessen beider Seiten dafür, das Land möglichst vollständig in den europäischen Binnenmarkt einzubinden, doch die politische Dynamik in Großbritannien steuert auf einen vollständigen Austritt zu. Modelle einer Teilintegration, wie sie die Europäische

½

Union mit Norwegen oder der Schweiz unterhält, lehnt die britische Premierministerin kategorisch ab. Zur Neugestaltung der Beziehungen sollten die Europäische Union und Deutschland daher eine spezifische Lösung für Großbritannien anstreben.

¾

Damit würde das Land ein enger Partner bleiben, der jedoch außerhalb des Binnenmarktes und der Institutionen der Europäischen Union steht. Meine Damen und Herren! Die Europäische Union und Großbritannien stehen vor komplexen und langwierigen

8./300

Verhandlungen über den Austritt des Vereinigten Königreiches. Politisch haben beide Seiten mittlerweile erste Festlegungen getroffen. Die 27 verbleibenden Mitgliedsstaaten der Europäischen Union bestehen darauf, erst dann Verhandlungen zu beginnen, wenn

¼

Großbritannien formell seine Austrittsabsicht mitgeteilt hat. Die britische Premierministerin hat angekündigt, diese Notifizierung bis spätestens Ende März 2017 dem Europäischen Rat vorzulegen. Der Zeitplan ist noch fraglich, weil gerichtlich angeordnet wurde,

½

das britische Parlament am Austrittsbeschluss zu beteiligen. Es besteht jedoch kein Zweifel, dass die Abgeordneten dem Austritt zustimmen werden. Mit dem Kündigungsschreiben beginnt eine Frist von zwei Jahren, in denen beide Seiten die konkreten Modalitäten vereinbaren müssen, nach denen

¾

Großbritannien aus dem gesamten Regelwerk der Europäischen Union herausgelöst wird. Erst wenn das Austrittsabkommen in Kraft tritt, verlässt Großbritannien tatsächlich die Europäische Union und ihre Organe. Meine Damen und Herren! Die zentrale politische und

9./320

wirtschaftliche Herausforderung liegt in der Ausgestaltung der künftigen Zusammenarbeit zwischen den verbleibenden Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und Großbritannien. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, in welcher Form Großbritannien Zugang zum europäischen Binnenmarkt erhalten wird.

¼

Das Austrittsabkommen soll zwar den Rahmen der künftigen Beziehungen berücksichtigen, doch wie diese konkret ausgestaltet werden, ist völlig offen und in einem weiteren Abkommen zu regeln. Dabei werden die Verhandlungen in einer Zeit stattfinden, die ohnehin schon kritisch für die Europäische

½

Union ist. In ihren Beziehungen zu europäischen Drittstaaten besteht die Europäische Union bislang auf einer klaren Trennung zwischen Mitgliedern und Nichtmitgliedern. Eine Teilmitgliedschaft gibt es nicht, wohl aber eine Teilintegration, vor allem für den europäischen Binnenmarkt. Die Euro-

¾

päische Union hat das politische Interesse, den Zusammenhalt der Union zu sichern. Deshalb wird die Europäische Union eine volle Beteiligung Großbritanniens am europäischen Binnenmarkt nur zulassen, wenn die Gesetzgebung der Europäischen Union umgesetzt wird.

10./340

Ende der 3. Minute: Der Europäische Rat legt Leitlinien ...

(TS)